



Bremen, den 25.04. 2012

Pressemitteilung

Krankenhäuser in der Kostenfalle

- **HBKG appelliert an die Politik faire Finanzierungsbedingungen zu schaffen -**

Auf die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven kommen durch die diesjährigen Tarifabschlüsse hohe Kostenbelastungen zu. Die Entgelte, die für ihre Leistungen abgerechnet werden, dürfen jedoch kaum steigen. So tut sich zum wiederholten Male eine dramatische Finanzierungslücke auf, die durch die unfairen gesetzlichen Bestimmungen aufgerissen wird.

„Es ist nicht zu verstehen, dass der Bundesinnenminister Tarifverträge für Ärzte mit Gehaltssteigerungen von 4,7 % und für die übrigen Beschäftigten mit Erhöhungen von 3,2 % verhandelt und unterschreibt, während der Bundesgesundheitsminister die Preise für die Behandlungsleistungen auf maximal 1,48 % begrenzt“, stellt Jürgen Scholz, der Vorsitzende der HBKG fest.

Die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven wehren sich gegen diese unfaire Politik.

„Wenn die Bundesregierung nicht erkennt, dass diese Unterfinanzierung die Krankenhäuser in Not und viele Beschäftigte um ihren Arbeitsplatz bringt, ist sie blind für die Realität“, sagt Uwe Zimmer, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen (HBKG).

Für das Jahr 2012 erwarten Sie im Land Bremen allgemeine Kostensteigerungen durch steigende Tariflasten und erhöhte Sachkosten (Medizinischer Bedarf, Energiepreise) von bis zu 4 %. Das entspricht alleine für die vollstationären, somatischen Fälle einer Kostenerhöhung von etwa 25 Mio. Euro. Dagegen steigt der Landesbasisfallwert lediglich um 1,2 %, was 10 Mio. Euro entspricht. Alleine dadurch entsteht eine Finanzierungslücke von 15 Mio. Euro.

Hinzu kommen die ungedeckten Kosten zur Finanzierung der verschärften Hygieneverordnung.

Auch in der Psychiatrie werden lediglich Budgeterhöhungen von maximal 1,9 % den wesentlich höheren Tarifabschlüssen gegenüberstehen und zur Unterfinanzierung der Personalstellen führen.

„Man kann nicht für attraktive Arbeitsplätze in den Krankenhäusern werben, wenn man nicht einmal die Mittel zur Finanzierung der Tarifverträge erhält“, moniert Uwe Zimmer.



Bremen, den 25.04. 2012

In den nächsten Wochen geht der Entwurf eines Bundesgesetzes zur Krankenhausfinanzierung (Psych-EntgG) in die abschließenden parlamentarischen Beratungen. Der Senat der Freien Hansestadt hat mit anderen Bundesländern bereits mehrfach eine Verbesserung der Finanzierungsbedingungen für die Krankenhäuser im Bundesrat angemahnt.

Die Krankenhäuser in Bremen und Bremerhaven appellieren an die Bundestagsabgeordneten und die Bundesregierung die aktuelle Gesetzgebung zu nutzen und die Finanzierungslücke dauerhaft und vollständig zu schließen.

„Kein Bürger versteht, wieso den Beschäftigten der Krankenhäuser, die sich rund-um-die-Uhr an 365 Tagen im Jahr um schwer- und schwerstkranke Menschen kümmern, zusätzliche finanzielle Opfer abverlangt werden, obwohl die Kassen der Gesetzlichen Krankenversicherung Rücklagen von 20 Mrd. Euro aufweisen“, unterstreicht Jürgen Scholz die Position der HBKG.

Ein voller Tarifausgleich für die Krankenhäuser würde jeden Versicherten 1,16 Euro im Monat kosten. Was ist der Bevölkerung die Krankenhausversorgung wert? Dieser Frage sollten sich die politisch Verantwortlichen stellen.

Für Rückfragen steht Ihnen unser Geschäftsführer Uwe Zimmer zur Verfügung:

Handy: 0178 – 8234422, Tel.: 0421-241020, Fax: 0421-2410222.

Die Krankenhausgesellschaft der Freien Hansestadt Bremen e. V. (HBKG) ist der Dachverband der Krankenhausträger in Bremen. Sie vertritt die Interessen von 14 öffentlichen, freigemeinnützigen und privaten Krankenhäusern im Land Bremen. Jährlich versorgen Bremens Kliniken stationär ca. 210.000 Patienten, auch aus dem niedersächsischen Umland. Mit einem Bruttokostenvolumen von 853 Millionen Euro und 12.000 Beschäftigten sind die Krankenhäuser einer der größten Arbeitgeber im Land Bremen.